

Die ostdeutsche Wirtschaft sollte sich auf ihre Stärken besinnen



Wie kann sich die ostdeutsche Wirtschaft strategisch neu ausrichten? Zur Beantwortung dieser Frage ist ein Perspektivwechsel geboten: Weg von der rückwärtsgewandten Diskussion über Fehler beim Aufbau Ost, hin zu einer Fokussierung auf die Stärken der ostdeutschen Wirtschaft. Von **Prof. Dr. Thomas Brockmeier**, Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau

Eine strategische (Neu-)Ausrichtung der ostdeutschen Wirtschaft steht und fällt grundsätzlich damit, zunächst einmal überhaupt so etwas wie eine eigene Strategie zu haben. Und eine solche sollte eine *originäre* Strategie sein, das heißt sie sollte nicht einfach darin bestehen, einer westdeutschen, sofern es eine solche überhaupt gibt, nachzueifern oder sie womöglich gar kopieren zu wollen.

Eine solche Forderung mag wohlfeil klingen, banal ist sie indes nicht. Diese Überzeugung speist sich aus den Erfahrungen rund um das Thema „Aufbau Ost“, die nicht zuletzt von einer aus meiner Sicht wenig konstruktiven, weil überwiegend rückwärts gewandten Diskussion darüber geprägt war, was bei diesem in der Wirtschaftsgeschichte beispiellosen Mammutvorhaben vermeintlich oder tatsächlich falsch gemacht worden ist.

Nicht wenige der in diesem Zusammenhang immer wieder aufgerufenen Punkte möchte ich einmal mit der Überschrift „Falle“ versehen; in eine Falle gerät man hinein und kann sich in aller Regel nicht allein und auch nicht ohne Schaden aus ihr befreien. Diskussionen darüber, warum man hineingeraten ist und wie das Leben ohne diese Falle womöglich weitergegangen wäre, sind nach aller Erfahrung meist

müßig. Wenn ich an dieser Stelle doch noch einmal auf einige dieser „Fallen“ zu sprechen komme, dann deshalb, weil ich gleichsam mit deren Hilfe für einen Perspektivwechsel werben möchte.

Perspektivwechsel: Ostdeutschland steckt nicht in der Falle

Der Perspektivwechsel besteht darin, sich klar zu machen, dass es in der ostdeutschen Wirtschaft offenkundig einige beachtliche Stärken geben muss, weil ansonsten kaum erklärbar wäre, warum der Aufbau Ost letztlich ein Erfolg hat werden können. Dies wird deutlich, wenn man die besonders oft genannten Fallen einmal näher beleuchtet:

Die „Wachstums-Falle“: Damit ist jene Aussage gemeint, die sich wie folgt auf den Punkt bringen lässt: „Die Schere schließt sich nicht weiter, der Aufholprozess stockt, von Konvergenz sind wir weit entfernt.“

Diese Aussage ist eine Schlussfolgerung aus der empirischen Tatsache, dass die Wachstumsraten im Osten spätestens seit Ende der 1990er Jahre nicht durchgängig oder gar nicht mehr höher waren bzw. sind als im Westen. Eine solche auf die nominalen Wachstumsraten fokussierte Lesart freilich unterschlägt, dass sich in der Wirtschaft Ostdeutschlands spätestens seit Ende der 1990er Jahre ein erfolgsgeneigtes Strukturmuster herausgebildet hat: Ein beachtlicher Teil der Wertschöpfung wird von der Industrie und unternehmensnahen Dienstleistern erbracht, die vor allem auf überregionalen Märkten tätig sind, deren Wachstumsmöglichkeiten mithin keine „endogenen“ Grenzen kennen.

Bedeutsam ist dies deshalb, weil eben keineswegs irrelevant ist, in welchen Bereichen wirtschaftliches Wachstum erzielt wird. Gemessen an dem heute soliden Strukturmuster ließen sich die ersten Jahre nach der Wende beinahe als „Scheinblüte“ bezeichnen: Ein angesichts des enormen Nachholbedarfs verständlicherweise überproportionaler Bausektor gepaart mit einem stark transfergestützten Boom im Einzelhandel bescherte zwar hohe Wachstumsraten, nicht aber die Ingredienzien für eine weitgehend selbsttragende Wirtschaftsentwicklung. Zudem war die Arbeitslosigkeit sehr hoch; heute ist die Arbeitslosenquote etwa in Sachsen-Anhalt niedriger als in Nordrhein-Westfalen.

Die „Institutionen-Falle“: Damit lässt sich jene These auf den Begriff bringen, die davon ausgeht, dass die ostdeutsche Wirtschaft von Beginn durch eine Art „Klotz am Bein“ am dynamischen Durchstarten gehindert worden sei. Und dieser Klotz, so die These, habe im Institutionentransfer von Arbeitsrecht, Tarifrecht, Sozialrecht etc. bestanden, der der durch jahrzehntelange staatssozialistische Gängelung und Mangelverwaltung ohnehin geschwächten ostdeutschen Wirtschaft gleichsam über Nacht aufgezwungen worden sei.

Der Befund mag stimmen, bei der Diagnose wäre ich schon skeptischer. Wie hätte

der daraus abzuleitende Therapieansatz aussehen sollen? Doch wohl hoffentlich nicht darin, über Jahre oder womöglich gar Jahrzehnte ein institutionell gespaltenes Deutschland inklusive aller damit verbundenen Risiken zu haben.

Die „Förder-Falle“: Hierbei geht es um die These, die – vermeintlich – unzureichende Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft habe ihre Ursache maßgeblich darin, dass in der Förderpolitik ein falscher Ansatz verfolgt worden sei (vulgo: „Gießkanne statt Leuchttürme“, „Ausgleich in der Peripherie statt Wachstumsförderung in den Zentren“). Diese These hat es vor rund anderthalb Jahrzehnten gar auf die Titelseite des SPIEGEL gebracht und zuletzt 2020 fröhliche Urständ gefeiert. Hier gilt: Politik ist die Kunst des Möglichen. Und diese Kunst kann – bei allem Respekt vor der fachlichen Expertise des einen oder anderen Diskutanten – nicht bedeuten, ländliche Räume quasi ausbluten zu lassen. Dies gilt zumal für die ostdeutschen Länder, die zum überwiegenden Teil aus ländlichem Raum bestehen.

Attraktivität der ostdeutschen Wirtschaft in den Mittelpunkt stellen

Fallen können Pfadabhängigkeiten bewirken oder zumindest prägen. Was brauchen wir, um uns aus diesen zu befreien bzw. zukünftig nicht in weitere solche hineinzugeraten? Nun, ich denke, wir sind gut beraten, uns zunächst einmal möglicher Stärken Ostdeutschlands zu vergewissern. Sodann könnten wir uns auf diese Stärken besinnen und sie bzw. deren Förderung in den Mittelpunkt einer eigenen originären Strategie stellen. Teil einer solchen Strategie wäre eine entsprechende Kommunikation dieser Stärken nach innen und außen.

Die Stärke „erfolgsgeneigtes Strukturmuster“ wurde bereits kurz erwähnt. Eine weitere Stärke erkenne ich darin, dass Ostdeutschland zu einem insgesamt attraktiven Standort zum Leben, Arbeiten und Investieren herangereift ist, der im Vergleich zum westdeutschen Teil des Bundesgebietes über einige Vorteile verfügt:

- Die Lebenshaltungskosten sind sowohl auf dem Land als auch in den Städten im Durchschnitt noch immer geringer als an jeweils vergleichbaren Standorten in Westdeutschland; dadurch bleibt letztlich mehr vom verfügbaren Einkommen übrig.
- Die Kinderbetreuung ist in Ostdeutschland spürbar besser als auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik; nicht zuletzt deshalb ist die Frauenerwerbsquote im Osten nach wie vor deutlich höher als im Westen. Dies wiederum stabilisiert Kaufkraft und Haushaltseinkommen, die eben nicht auf einen Hauptverdiener beschränkt bleiben.
- Die ostdeutschen Immobilienpreise sind niedriger als die westdeutschen; die Wahrscheinlichkeit für junge Familien, sich den Traum vom Eigenheim erfüllen zu können, ist in Ostdeutschland noch immer höher.
- Die Knappheit an Industrie- und Gewerbeflächen ist in den ostdeutschen Bundesländern spürbar geringer. Hinzu kommt eine hohe Industrieakzeptanz der ostdeutschen Bevölkerung, die jene der westdeutschen weit übertrifft.
- Erwähnenswert ist zudem die in Ostdeutschland im Durchschnitt bessere, weil jüngere (technische) Infrastruktur.
- Die ostdeutsche Hochschul- und Forschungslandschaft ist hochmodern ausgestattet; die Relationen von Lehrenden und Studierenden können sich sehen lassen.

Verstärkend kommt hinzu, dass die erreichten Erfolge – wie bereits angedeutet – unter erschwerten Bedingungen errungen wurden; hierfür seien zwei Beispiele genannt:

Zum einen verfügten die ostdeutschen Unternehmer naturgemäß über keinerlei Erfahrungen in Sachen Marktwirtschaft; sie mussten jedes Prozent Marktanteil etablierten Konkurrenten abringen – keineswegs nur im Exportgeschäft, sondern eben auch in innerdeutscher Konkurrenz. Zum anderen hatte die ostdeutsche Wirtschaft mit einem beispiellosen Aderlass an Arbeitskräften zu kämpfen, der bis heute nachwirkt: Mehr als zwei Millionen überwiegend gut ausgebildete und hochmotivierte Menschen verließen ihre alte Heimat gen Westen, darunter viele junge Frauen. Per Saldo dürften heute wohl ca. 1,5 Millionen Erwerbstätige mehr im Westen Deutschlands aktiv sein als vor der Wende.

Einen durchschnittlichen Beitrag zur Bruttowertschöpfung von (lediglich) 50.000 bis 60.000 Euro pro Kopf und Jahr unterstellt, hieße das, dass Westdeutschland der deutschen Einheit Jahr für Jahr ca. 75 bis 90 Milliarden Euro zusätzliche Wertschöpfung verdankt. (Zum Vergleich: Der vieldiskutierte „Solidarpakt II“ hatte ein Volumen von 156 Milliarden Euro, verteilt über eine 15jährige Laufzeit von 2005 bis 2019).

So komme ich denn zu folgendem positiven Zwischenfazit: Die deutsche Einheit war das Beste, was uns Deutschen passieren konnte – nicht nur, aber auch wirtschaftlich. Seien wir dankbar, freuen wir uns am Erreichten und schauen nach

vorn!

Blick nach vorn: Netzwerke stärken die ostdeutsche Wirtschaft

Beim Blick nach vorn könnten bestehende Netzwerke ostdeutscher KMU ebenfalls optimistisch stimmen. Ich möchte dies an wenigen Beispielen kurz erläutern; zwei davon sind insbesondere für die Wirtschaft im (südlichen) Sachsen-Anhalt bedeutsam: die chemische Industrie und die Ernährungsgüterindustrie.

In diesen zwei Branchen spielen Verbände und Netzwerke eine bedeutsame Rolle: Netzwerke haben in der Ernährungswirtschaft eine beachtliche Verbundwirkung entlang der Wertschöpfungskette von der Landwirtschaft bis hin zur unmittelbaren Konsumgüterproduktion und zum Lebensmitteleinzelhandel entfaltet. Ohne diese Effekte hätte sich die Branche kaum zu jener wichtigen Stütze der regionalen Wirtschaft entwickeln können, die sie heute ist.

In der Chemieindustrie steht das Konzept der Chemieparks für ein grundlegend anderes Modell als jenes derselben Branche in Westdeutschland, welches sich salopp etwa als „Planet-Satelliten-Konzept“ auf den Punkt bringen ließe: Ein großer Planet (zum Beispiel in Ludwigshafen oder Leverkusen) ist umgeben von einer Vielzahl kleinerer Satelliten, die mehr oder weniger von dessen Wohl und Wehe abhängen. Ein solches System gilt gemeinhin als weniger „fehlerfreundlich“ als jenes Park-Konzept, in dem eine Vielzahl kleinerer oder mittelgroßer Unternehmen sich eines gemeinsamen Dienstleisters bedienen, der die Medien und Dienstleistungen bereitstellt, die alle im Park angesiedelten Unternehmen gemeinsam benötigen (Energie, Dampf, Wasser/Abwasser, Feuerwehr etc.). Dieses in Zeiten von Dezentralisierung und Outsourcing hochmodern anmutende Konzept ist in seinem Kern bereits von Alfred Marshall beschrieben worden, dem gegen Ende des 19. / zu Beginn des 20. Jahrhunderts einflussreichsten Ökonom seiner Zeit.

Zum Schluss sei kurz noch auf Möglichkeiten der in Ostdeutschland traditionell starken Wohnungsgenossenschaften und kommunaler oder kooperativer Wohnungsunternehmen eingegangen: Durch die Digitalisierungsoffensive im Zusammenhang mit Corona hat das Arbeiten im Homeoffice erheblichen Auftrieb erfahren. Dies könnte zur Entwertung von Büroflächen führen. Bei deren eventuell anstehender Übernahme und kreativer Umnutzung könnten die kooperativen Wohnungsunternehmen Ostdeutschlands unter Umständen Vorteile gegenüber privaten Einzelunternehmern haben.



Prof. Dr. Thomas Brockmeier, Foto: IHK Halle-Dessau

Der Autor: Prof. Dr. Thomas Brockmeier, Hauptgeschäftsführer der IHK Halle-Dessau, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Ostdeutschen Wirtschaftsforums **OWFZUKUNFT**